

Von der Unfreiheit freier Entscheidungen

RINGVORLESUNG: „WIE SCHMECKTE DIE DDR?“

Es ist ein sperriger Titel, der für diese Vortragsreihe vorgegeben ist: Wie schmeckte die DDR... Ich will mir, was sich anböte, eine kulinarische DDR-Rundfahrt verkneifen. Denn natürlich fallen mir, wenn ich an die damalige Gastronomie denke, eine Reihe böser Attribute ein; fad und eintönig sind noch die harmlosesten; aber das wäre ungerecht. Ich will auch nicht die Erwartungen der einen bedienen, die sich bei der Erwähnung von Soljanka oder Sättigungsbeilagen wohligh gruseln, und nicht die der anderen, die bei der Nennung von Spreewälder Gurken und Nordhäuser Korn in einen nostalgischen Rausch verfallen. Und die Jüngeren denken wohl bei DDR-Gaststätten ohnehin an so eine Art McKonsum, weil die damalige Realität für sie unvorstellbar ist. Leuchttürme, wie man heute zu sagen pflegt, waren rar: eine Fischgaststätte in Rostock, lange Zeit die einzige, wo man, wenn man Glück hatte, eine vorzügliche Aalsuppe bekam; zwei oder drei freundliche Cafés in Dresden mit einem verführerischen Kuchenangebot; ein Ungarisches Restaurant in Berlin mit feuriger Gulaschsuppe und Zigeunermusik, wie das damals noch hieß. Und vom Hörensagen weiß ich, dass es irgendwo im Thüringischen ein Japanisches Restaurant gegeben haben soll, angeblich das beste außerhalb Japans, wo man sich allerdings für ein Menü ein Jahr vorher anzumelden hatte. Aber das kann auch ein Gerücht gewesen sein.

Nein, eine kulinarische DDR-Reise führt zwangsläufig in die Irre. Es lag ja nicht an der Unfähigkeit oder Phantasielosigkeit der Hausfrauen und Köche und Lebensmittelproduzenten, dass die DDR so schmeckte

wie sie schmeckte. Der Mangel wie der Überfluss, den es zuweilen ja auch gab, zum Beispiel bei Kohl und bei Schnaps, waren das Ergebnis der sozialistischen Kommandowirtschaft. Statt einer sozialen Marktwirtschaft mit ihren ausgleichenden und regulierenden Kräften zu vertrauen, wurden Angebot und Nachfrage von einer selbstherrlichen Einheitspartei nach Gusto geplant und verordnet. Statt um Politik, kümmerten sich Politbüro und Regierung um Bockwurst und Tomaten. Gnädig gewährten die Herrschenden zuweilen ein paar Extraportionen. Und dann wieder fehlte es an den selbstverständlichsten Dingen, weil die Genossen sie einfach vergessen hatten. Allerdings, trotz allem Mangel musste wohl niemand hungern, jedenfalls nicht nach Brot. Das war politisch gewollt. Doch auch diese soziale Errungenschaft, wie man das nannte, hatte eine Kehrseite: Brot war spottbillig, so billig, dass manche Bauern es an das Vieh verfütterten. Dabei bezahlten sie für das Endprodukt weniger, als sie für den Rohstoff, den sie geliefert hatten, bekamen. Solch ein aberwitziges Wirtschaften musste in den Ruin führen. Wenn man an die DDR denkt, bleibt ein bitterer Nachgeschmack.

Heute, denke ich, ist es der Überfluss, der uns zu schaffen macht, die sündhafte Verschwendung von Gütern und Ressourcen, das Ungleichgewicht zwischen Reichen und Armen. Das, was die soziale Marktwirtschaft ausmacht, die gerechte Verteilung der Güter, ist zu sehr in den Hintergrund geraten, vor allem die gerechte Verteilung des kostbaren Gutes Arbeit. Unsere Gesellschaft ist eigentlich gespalten in Arbeitbesitzer und

Arbeitslose; kaum jemand ist bereit zum Teilen, zur Solidarität. In der DDR waren die gesellschaftlichen Defekte ideologiebedingt und systemimmanent. Eine lebendige Demokratie aber, die sich auf ihre Wurzeln und auf die soziale Marktwirtschaft zurückbesinnt, sollte den Unfrieden in unserer Gesellschaft überwinden und mehr Gerechtigkeit schaffen können.

Marktwirtschaft ist, ideal betrachtet, Wirtschaftsdemokratie. Kommandowirtschaft hingegen ist Wirtschaftsdiktatur. Das ökonomische Geschehen in der DDR unterlag nicht objektiven Gesetzmäßigkeiten, obwohl gerade das ja von den Marxisten immer behauptet wurde, sondern wurde vollkommen beherrscht von der Ideologie. Nicht soziale oder ökonomische Notwendigkeiten bestimmten das wirtschaftliche Handeln, sondern die Vorgaben der Partei, die oftmals fern der Realität und vom Wunschenken geprägt waren.

Ich will dieses Kapitel mit einer letzten Erinnerung an die sozialistische Gastronomie abschließen und damit zum eigentlichen Thema kommen: Zur Unfreiheit freier Entscheidungen. Zum Restaurantbesuch in der DDR gehörte fast immer eine lästige und entwürdigende Prozedur, das Schlangestehen vor dem Lokal. Mochten drinnen auch Dutzende Tische frei sein, man hatte zu warten und wurde dann, nach zehn, fünfzehn, manchmal dreißig Minuten des Ausharrens "platziert". Das heißt, man wurde von einem mehr oder weniger übel gelaunten Kellner an einen Platz verwiesen, ob der Tisch und die Leute daran einem gefielen oder nicht. Das lange, unnötige Warten vor der Tür, das entmündigende Plazieren und die barsche Bedienung haben so manchen Gaststättenbesuch vergällt. Oft habe ich mich lieber an einem Kiosk mit einer Bockwurst begnügt. Oder ich bin, wenn drinnen Platz war, an der Schlange vorbeigegangen und habe mich dahin gesetzt, wo es mir passte. Das wurde natürlich immer mit finsternen Blicken und bösem Gemurmel begleitet, und meist ließen mich drinnen die Kellner zur Strafe endlos auf die Karte und das Essen warten, zuweilen wurde ich überhaupt nicht bedient. Meine Familie, die meine Platzierungs-Phobie kannte, hatte oft genug

mitzuleiden und wurde mitbestraft.

Dass uns selbst bei einem so unbedeutenden Geschehen wie einem Restaurantbesuch die Freiheit beschnitten oder genommen wurde, ist durchaus symptomatisch. Das war so gewollt. Es wäre für die Genossen, die über alles bestimmen wollten und sich überall einmischten, eine Kleinigkeit gewesen, für eine ausreichende Anzahl an Gaststätten zu sorgen – man hätte nur ein paar private Unternehmer zulassen müssen. Die Entwicklung nach der Friedlichen Revolution zeigte ja, dass es ging. Und ebenso wäre es ein leichtes gewesen, eine Unsitte wie das Plazieren zu unterbinden. Nein, die Menschen sollten auch in ihrer Freizeit gängelt werden, sollten das Oben und Unten zu spüren bekommen, sollten abhängig und unfrei, sollten Untertanen sein. Natürlich mögen diese gastronomischen Ärgernisse, gemessen an der Ungerechtigkeit, Willkür und Entwürdigung, die Menschen in der DDR sonst zu erleiden hatten, belanglos, ja lächerlich erscheinen. Aber sie waren Teil eines umfassenden Systems, das die Menschen in Abhängigkeit und Demut halten sollte. Was eine Gesellschaft taugt, zeigt sich eben auch in den alltäglichen Dingen.

Die DDR war ein totalitäres Regime, ihr Sozialismus eine totalitäre Ideologie. Wer das leugnet oder wer sich an dieser Begrifflichkeit stört, den kann ich immer und immer nur wieder auf Hannah Arendt verweisen, die mit unerhörter Schärfe und Klarheit die Ursprünge und Elemente totaler Herrschaft dargestellt und analysiert hat. Man muss schon blind und taub sein, wenn man darin nicht allenthalben auch die SED und ihre diversen Vor- und Nachgänger erkennt. Hier soll es heute weniger um die ideologische, sondern um die organisatorische Ausprägung des totalitären Sozialismus gehen.

An dieser Stelle hätte ich gern ein Gedankenexperiment gemacht. Aber ich verkneife es mir, weil ich mir den Vorwurf ersparen will, Nationalsozialismus und Kommunismus gleichzusetzen. Aber natürlich kann und muss man die verschiedenen Totalitarismen vergleichen, vergleichen in ihren Strukturen und Ausprägungen, in ihren organisatorischen und propagandistischen Elementen.

11. November 2008

www.kas.de

www.kas.de/dresden

Und natürlich ist es legitim, Ähnlichkeiten und Gemeinsamkeiten dort, wo es sie gibt, festzustellen und zu analysieren.

Ich zitiere aus einer Rede Adolf Hitlers:

"Diese Jugend, die lernt ja nichts anderes als deutsch denken, deutsch handeln, und wenn diese Knaben mit zehn Jahren in unsere Organisation hineinkommen und dort oft zum erst einmal überhaupt eine frische Luft bekommen und fühlen, dann kommen sie vier Jahre später vom Jungvolk in die Hitler-Jugend, und dort behalten wir sie wieder vier Jahre. Und dann geben wir sie erst recht nicht zurück in die Hände unserer alten Klassen- und Standeserzeuger, sondern dann nehmen wir sie sofort in die Partei, in die Arbeitsfront, in die SA oder in die SS, in das NSKK und so weiter.

Und wenn sie dort zwei Jahre oder andert-halb Jahre sind und noch nicht ganze Nationalsozialisten geworden sein sollten, dann kommen sie in den Arbeitsdienst und werden dort wieder sechs und sieben Monate geschliffen, alles mit einem Symbol, dem deutschen Spaten. Und was dann nach sechs oder sieben Monaten noch an Klassenbewusstsein oder Standesdünkel da oder da noch vorhanden sein sollte, das übernimmt dann die Wehrmacht zur weiteren Behandlung auf zwei Jahre, und wenn sie nach zwei, drei oder vier Jahren zurückkehren, dann nehmen wir sie, damit sie auf keinen Fall rückfällig werden, sofort wieder in die SA, SS und so weiter, und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben ..."ⁱ

Diese Rede hielt Hitler im Dezember 1938 in aller Öffentlichkeit, vor Pressevertretern in Reichenberg, kurz nach dem sog. Anschluss des Sudetenlandes. Eindeutiger lassen sich die Elemente der nationalsozialistischen Herrschaft kaum beschreiben. Ich habe die Tonaufnahme dieser Rede 1967 in einem Film verwendet, weil mir schon damals die Analogien aufgefallen sind, natürlich ohne das auszusprechen oder auch nur anzudeuten.ⁱⁱ Man ersetze nur einmal die nationalsozialistischen Schlagworte und Begriffe mit solchen aus der DDR. Die Conclusio bleibt: Und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben. Das ist, soweit ich es sehe, so ein-

deutig und brutal von der SED nie ausgesprochen worden. Aber sie hat eindeutig und brutal danach gehandelt. Und wenn uns ein solcher Vergleich zwischen dem einen und dem anderen totalitären Regime heute erschreckt oder erzürnt oder schmerzt, dann zeigt das doch nur, wie gut es der SED-Propaganda gelungen ist, das wahre Gesicht des Regimes zu verschleiern.

Hannah Arendt schrieb über die Organisationsformen totaler Bewegungen: "Im Gegensatz zu den ideologischen Gehalten, die immer überkommen sind, und den Propagandaschlagworten, die oft von konkurrierenden Parteien oder Bewegungen nahezu identisch gebraucht werden (allerdings ohne die spezifisch totalitäre Stimmigkeit), sind die Organisationsformen totalitärer Bewegungen von einer beispiellosen Originalität. Sie haben die Aufgabe, die zentrale ideologische Fiktion (...), um die das Lügengespinnst der Propaganda jeweils neu gewoben wird, in die Wirklichkeit umzusetzen und in der noch nicht totalitären Welt Menschen so zu organisieren, dass sie sich nach den Gesetzen dieser fiktiven Wirklichkeit bewegen... Nicht Terror und Propaganda, sondern Organisation und Propaganda sind die zwei Seiten der gleichen Medaille."ⁱⁱⁱ

In der DDR war es nicht das Volk, sondern die Sozialistische Einheitspartei, die SED, von der alle Macht ausging und die alle Macht für sich beanspruchte. Sie war 1946 aus der Zwangsvereinigung von KPD und SPD hervorgegangen. Viele einfache Parteimitglieder glaubten, angesichts der schlimmen Erfahrungen in der Endphase der Weimarer Republik und in der Zeit des Nationalsozialismus, dass der Zusammenschluss der beiden Arbeiterparteien unabdingbar sei und die Linke stärken würde. Doch den Kommunisten um Walter Ulbricht ging es von Anfang an nicht um die gleichberechtigte Fusion zweier Parteien, sondern um die Eliminierung der Sozialdemokratie. Wie es ja immer schon Ziel der kommunistischen Volksfrontpolitik gewesen war, andere Gruppen und Organisationen einzubinden und abhängig zu machen, zu entmachten und zu absorbieren.

Ihre Illusionen und Hoffnungen mussten

viele Sozialdemokraten bitter bezahlen. Viele verließen die Sowjetische Besatzungszone, viele kamen in die Gefängnisse und Zuchthäuser und Gulags. Noch lange wurden Mitglieder der SED, die aus der SPD gekommen waren, mit Mißtrauen betrachtet und als Mitglieder zweiter Klasse behandelt. Auch heute wieder handelt die Linkspartei nach den alten bewährten Mustern: Sie versucht die Sozialdemokratie zu spalten und zu schwächen. Und wie früher immer, finden sich auch heute schwache und vom Ehrgeiz getriebene SPD-Politiker, die sich einlullen und einwickeln lassen. Und die um eines vermeintlichen Vorteils willen, ihre Überzeugungen aufgeben und ihre Reputation verspielen: Harald Ringstorff in Schwerin, Klaus Wowereit in Berlin, Frau Ypsilanti in Hessen, und demnächst, so ist zu fürchten, Christoph Matschie in Thüringen. In Wahrheit werden und wurden sie in ihrem politischen Handeln Getriebene der Kommunisten. In Wahrheit zerstören sie die Sozialdemokratie.

Die Sozialistische Einheitspartei, daran besteht kein Zweifel, war die verantwortliche politische Kraft in der DDR. Alle anderen Formationen und Organisationen waren nur ihre Handlanger, auch die Regierung der DDR, auch die Volkskammer, auch der Staatssicherheitsdienst, auch Volksarmee und Polizei. Der Staatssicherheitsdienst bezeichnete sich selbst als "Schwert und Schild der Partei", nicht als Organ des Staates. Die Freie Deutsche Jugend, die FDJ, war nach ihrem eigenem Verständnis die "Kampfreserve der Partei". Die Kampfgruppen, diese paramilitärischen Einheiten in den Betrieben, waren direkt dem Zentralkomitee bzw. den Ersten Sekretären der Bezirksleitungen der SED unterstellt. Es gab keinen gesellschaftlichen Bereich und kaum einen Lebensbereich, in den "die Partei", wie es im Sprachgebrauch der DDR hieß, nicht hineinregierte oder es zumindest versucht hätte. Jeder, der in der DDR lebte, hat diese Erfahrung gemacht.

Und deshalb war die SED auch verantwortlich für alles, was in der DDR geschah. Sie war verantwortlich für zahllose Verbrechen, für Mord und Terror, für die Menschenrechtsverletzungen und die ständige Miss-

achtung der Menschenwürde. Sie war verantwortlich für die Mauer, für den Ruin der Wirtschaft, für die Zerstörung der Städte und Landschaften, für die schrankenlose Militarisierung der DDR-Gesellschaft. Sie war verantwortlich für die Deformation und Entmündigung vieler DDR-Bürger, für zerstörte Biographien, gescheiterte Lebensentwürfe, zerbrochene Familien, für die Depression und Resignation eines ganzen Volkes.

Ich halte es für einen tragischen Fehler der Bürgerbewegungen im Herbst 1989, die SED nicht verboten und zur verbrecherischen Organisation erklärt zu haben, so wie nach dem Krieg die NSDAP. Wie nur konnten wir so dumm sein, das "Wer wen?" zu vergessen, die Maxime der Macht für jeden Kommunisten. Erst die PDS, nun die Linkspartei sind nur die umbenannte SED, in der totalitäres Denken und totalitäre Strukturen fortauern. Es ist eine Partei, die bereit ist zu jeder beliebigen Wende, wenn es der Machtgewinnung, dem Machterhalt oder der Machtsicherung dient. Noch immer geht es nicht zuerst um das Gemeinwohl, sondern um das Parteiwohl, nicht um Menschenrechte, sondern um die Privilegien der führenden Kraft. Warum sollte ich annehmen, dass die Linkspartei, wenn sie die Macht dazu hätte, nicht wieder versuchte, mit Terror und Verfolgung und blutiger Gewalt die Diktatur ihrer Funktionärsclique gegen die Mehrheit des Volkes durchzusetzen? Meine Lebenserfahrung, vierzig Jahre gelebtes Leben im SED-Staat, sagt mir, dass Marxismus und Demokratie unvereinbar sind, dass es einen freiheitlichen, rechtsstaatlichen und demokratischen Sozialismus nicht geben kann, und dass der Glaube daran eine lebensgefährliche Illusion ist.

Eine Besonderheit in der DDR, die es so in anderen Ostblock-Staaten nicht gab, waren die sogenannten Blockparteien - Parteien, die nach dem Krieg als eigenständige demokratische Parteien gegründet worden waren, dann aber durch Terror und Verführung gleichgeschaltet worden sind. Letztlich sind sie zu kommunistischen Neben-Parteien geworden, die die Führungsrolle der SED anerkannt und die gleichen Ziele verfolgt haben. Sie waren, nicht anders als die Füh-

rungspartei, Elemente der totalen Herrschaft. Keine Frage, dass die weitaus meisten Mitglieder dieser Parteien - der CDU, der LDPD, der NDPD und der Bauernpartei - zunächst wirklich an eine demokratische Umgestaltung in der Sowjetischen Besatzungszone, dann in der DDR geglaubt haben und daran aktiv mitwirken wollten. Das gilt im übrigen auch für viele in der SED. Sehr bald aber, im Grunde noch vor den ersten Volkskammerwahlen 1949 und vor der Gründung der DDR, wurde deutlich, dass Stalin keine demokratische Entwicklung in seinem Einflussbereich dulden, sondern vielmehr das totalitäre Sowjetsystem implantieren würde. Wer sich dagegen stellte, auch in den politischen Parteien und Organisationen, wurde verfolgt, kam in die Zuchthäuser und Gulags, viele wurden ermordet. Zahlreiche Menschen, die ihren Traum von einer demokratischen Gesellschaft gescheitert sahen, flüchteten damals in den Westen. Es war eine nachhaltige Schwächung der demokratischen Kräfte, von der sich Ostdeutschland vierzig Jahre lang nicht erholte.

Stellvertretend für die vielen tragischen Schicksale jener Zeit möchte ich hier den Christdemokraten Georg Dertinger nennen. Dertinger gehörte zu den Mitgründern der CDU in der Sowjetischen Besatzungszone und war seit Januar 1946 deren Generalsekretär. Anders als der Vorsitzende Jakob Kaiser, der zwar zunächst eine Verständigung mit der SED angestrebt hatte, sich dann aber strikt gegen die sich abzeichnende Gleichschaltungspolitik der SED stellte, alsbald entmachtet wurde und in den Westen ging, fand Dertinger sich zur Zusammenarbeit mit den Kommunisten bereit. Gemeinsam mit Otto Nuschke stellte er sich im "Antifaschistischen Blockausschuss" in den Dienst der Volksfrontpolitik der SED. Die Hoffnung, dass dadurch der ostdeutschen CDU demokratische Freiräume erhalten blieben, erfüllte sich jedoch nicht. Wie die anderen Blockparteien auch, unterwarf sich die CDU schließlich 1952 bedingungslos dem Führungsanspruch der SED.

Georg Dertinger war 1949 nach Gründung der DDR zum Außenminister ernannt worden. Im Mittelpunkt seiner Amtstätigkeit stand die Regelung der Beziehungen zu Po-

len. 1950 handelte er den deutsch-polnischen Grenzvertrag aus, durch den die Oder-Neiße-Grenze seitens der DDR anerkannt wurde. Für seine Verdienste um die deutsch-polnische Aussöhnung wurde er am 1. Januar 1953 von Polen mit dem Orden "Polonia restituta" ausgezeichnet, vierzehn Tage später jedoch vom Staatssicherheitsdienst der DDR verhaftet. Als angeblicher "Anführer einer Verschwörergruppe", deren Ziel die Beseitigung der DDR und ihrer Erregenschaften gewesen sei, wurde er angeklagt und zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Zehn Jahre davon verbüßte Georg Dertinger im Zuchthaus in Bautzen. 1964 wurde er, schwer krank, begnadigt. Die letzten Jahre seines Lebens arbeitete er beim katholischen St. Benno Verlag in Leipzig, zeitweise als Pförtner.

Georg Dertinger hat für die Bereitschaft, mit den Kommunisten zusammenzuarbeiten, für seine Gutgläubigkeit und politische auch Naivität bitter gebüßt. Seine Bemühungen, zur Aussöhnung mit Polen zu kommen, hat er dennoch nach seiner Haftentlassung, wengleich unter fast konspirativen Bedingungen, fortgesetzt. Sein tragisches Schicksal ist ein beredtes Zeugnis für die bitteren Konsequenzen, die vermeintlich freie Entscheidungen in der Unfreiheit eines totalitären Regimes haben können. Eine Erfahrung, die zahllose Menschen nicht nur in den Gründerjahren der DDR, sondern auch später immer wieder, bis zum letzten Herrschaftstag der SED, machen mussten. Vielen Mitgliedern der Blockparteien ging es so, die zwar oft gutgläubig und gutwillig und manchmal auch aus Überzeugung in diese Parteien eingetreten waren, dann aber erkennen mussten, dass sie nichts anderes als Erfüllungsgehilfen der SED sind, "nützliche Idioten", wie Lenin sie unverblümt genannt hat. Ideologisch und strukturell wurden jedenfalls auch die Blockparteien kommunistische Parteien, die sich nur partiell von der SED unterschieden. Ja, zuweilen übertrafen sie die SED sogar.

Mitte der fünfziger Jahre wurde von der Ost-CDU eine Schrift mit Reden und Appellen des orthodoxen Metropoliten Nikolaus verschenkt und vertrieben. Diese enthielt auch eine Ansprache, die der Metropolit im Mai

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

KONRAD WEIB

11. November 2008

www.kas.de

www.kas.de/dresden

1952 auf einer Friedenskonferenz in Sargorsk gehalten hatte, eine geradezu blasphemische Lobpreisung Stalins: "Als unantastbare Friedensbastion ragt die Sowjetunion über den trüben Wellen des aufgewühlten Weltmeeres empor. Unsere Bastion ist höher als jeder Montblanc, als jeder Mount Everest. Auf ihrem Wachturm hält Tag und Nacht der erste Wachposten des Friedens Ausschau. Scharf ist sein Blick und stark sein Arm, der den Menschen den Weg zum Leben weist, maßvoll schlägt sein allumfassendes Herz, das den ganzen Schmerz der Leidenden in sich aufgenommen hat. Es ist erfüllt von ruhigem, aber unerbittlichem Groll gegen die Folterknechte und von unendlicher Menschenliebe. Er wird nicht dulden, dass die Menschheit, erst eben errettet, neuen Qualen ausgesetzt werde. Ruhm dem großen Stalin!"^{IV} Stalin als Heiland - eine widerliche Gotteslästerung, die sich diese vorgeblich christliche Partei, die Ost-CDU, offenbar zu eigen gemacht hatte. Oder hatte sie jemand gezwungen, dieses Pamphlet zu verbreiten? Ich finde jedenfalls, dass sich die CDU und die anderen Blockparteien nach der Friedlichen Revolution nur höchst ungenügend mit ihrer Rolle im totalitären System der DDR auseinandergesetzt haben.

Der totale Anspruch der SED auf die Menschen wird kaum in einem anderen Bereich so deutlich wie in der Erziehungs- und Jugendpolitik. Schon im Kindergarten versuchte man, die Jüngsten ideologisch zu beeinflussen, ihnen die Ehrfurcht und Furcht vor der "Partei der Arbeiterklasse" einzupflanzen, sie für das Militärische zu begeistern, sie nicht als Persönlichkeit, sondern als Teil eines Kollektivs zu erziehen. Ich weiß, das wollen heute viele, so hässlich wie es war, nicht mehr wahrhaben. Ich weiß aber auch, dass auch in der DDR viele mutige Erzieherinnen und Eltern, Lehrerinnen und Lehrer sich gegen die Parteidoktrin gestellt oder sie umgangen haben, dass sie nach Alternativen gesucht und eine wirkliche Bildung und Erziehung versucht haben. Aber die Kernaussage, dass es auch das Ziel der Kommunisten war, Kinder und Jugendliche so einzubinden, dass sie ihr ganzes Leben nicht mehr frei sein würden, die ist unbestreitbar und gehört zu den finsternen Ka-

piteln der DDR-Geschichte.

Wer Illusionen darüber hat, wie es in den Schulen der DDR tatsächlich zugegangen ist, dem empfehle ich das Buch "Die Montagsangst" von Caritas Führer. Es ist eine autobiographische Erzählung über die Unterdrückungsmechanismen der sozialistischen Schule. Die Montagsangst, das ist die Angst des Kindes, das nicht in den Pionieren ist, das kein Halstuch trägt, das Pfarrerskind ist - die Angst, Montag für Montag beim Fahnenappell vorgeführt zu werden, im Unterricht seines Glaubens wegen verspottet und mit dem Liebesentzug der Lehrerin bestraft zu werden:

"Wer den Pioniergruß nicht mitspricht, ist nicht für den Frieden. Das Kind will bereit sein für den Frieden. In der Christenlehre sind sie auch für den Frieden. Aber für den Sozialismus bereit sein kann das Kind nicht. Der Sozialismus ist die Grenze, ist der Schreibwarenladen, in dem es monatelang kein Toilettenpapier gibt, ist der Fahnenappell, der gehasste letzte Schultag, ist die Pionierorganisation und die Lehrerin, die alle Christenlehrekinder aufstehen und auslassen lässt, ist der Biolehrer, der sagt: der Mensch stammt vom Affen ab und Gott gibt es nicht. Der Sozialismus ist das Dilemma, kein Arbeiter- oder Bauernkind zu sein, der Sozialismus ist die Demonstration am 1. Mai und die rote Fahne, die das Kind nicht tragen will, ist das Abitur, das Christen nicht machen dürfen, und Pionierleiter Kirchner und die Wandzeitung zum Thema Waffenbrüderschaft und das verbotene Westfernsehen und das Wort Wanze, ist ... nein, für den Sozialismus seid bereit, das kann das Kind nicht bejahen, nie. Aber nicht ja dazu sagen heißt, dagegen zu sein. Und das wiederum darf man nicht. Sonst kommt man nach Bautzen. Bautzen ist es etwas ganz Schlimmes, soviel weiß man schon mit sieben Jahren."^V

Als die SED die Macht hatte, galt die Parole: Christen sind reaktionär, die Religion muss ausgerottet werden. So wurde es im Parteilehrjahr, dem sich niemand entziehen konnte, angewiesen. Danach wurde gehandelt, tausendfach. Die Kirchen sollten veröden, Religionsunterricht in der Schule wurde ver-

boten, die kirchliche Jugendarbeit unsäglich erschwert. Die Junge Gemeinde wurde verfolgt, Jugend- und Studentenpfarrer wurden verhaftet. Die SED, so sagte es Kurt Scharf, wollte die Kirche zum Ghetto machen. Besonders betroffen waren die gläubigen Kinder und Jugendlichen, die oft in der Schule von ihren Lehrern verspottet und schikaniert wurden. Die Schule in der DDR wurde marxistische Bekenntnisschule. Junge Menschen wurden zur sozialistischen Jugendweihe, dem feierlichen Bekenntnis zum totalitären Staat, gelockt und gepresst. Zeitweise wurde der Kurs aus taktischen Erwägungen etwas entschärft, aber in ihrer Ideologie, ihrem totalen weltanschaulichen Anspruch war und blieb die SED religionsfeindlich, bis zuletzt.

Die Jugendweihe ist exemplarisch für das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Unfreiheit, in das Eltern wie Kinder in der DDR zwangsläufig gerieten. Offiziell und nach außen hin war die Teilnahme an der Jugendweihe zwar freiwillig, häufig jedoch wurden Kinder von fanatischen Lehrern unter erheblichen Druck gesetzt oder zur Teilnahme erpresst, indem ihnen angedroht wurde, dass sie nicht zur Oberschule zugelassen würden oder keinen Ausbildungsplatz erhielten - keineswegs eine leere Drohung. Lehrern, die das nicht mitmachen wollten, drohten berufliche Nachteile oder die Entlassung. All das stand im offensichtlichen Widerspruch zur Verfassung der DDR.

Die Kirchen kamen zu der Auffassung, dass die atheistische Unterweisung in den vorbereitenden Jugendstunden wie auch das Gelöbnis selbst, das bei der Jugendweihe gesprochen werden musste, im Widerspruch zur christlichen Glaubensaussage steht, und erklärten Konfirmation bzw. Kommunion mit der Jugendweihe für unvereinbar. Für viele junge Christen hatte die Weigerung, an der Jugendweihe teilzunehmen, schwerwiegende Folgen. Es war aber auch die erste große Bewährungsprobe für sie; die Repressalien haben viele gestärkt und mündig gemacht. Für manchen war es der erste Schritt in eine spätere Opposition.

Zu denen, die von Anfang an leidenschaftlich ihr Wort gegen die Jugendweihe erhob-

en, gehörte der Magdeburger Präses und spätere Gründer der Aktion Sühnezeichen, Lothar Kreyszig. Der Jurist, der in der Zeit des Nationalsozialismus mutig gegen die Euthanasie eingetreten und in der Bekennenden Kirche aktiv gewesen war, prangerte nun in zahlreichen Vorträgen, auch in Sachsen, den totalen Anspruch der SED an. Mit schonungsloser Deutlichkeit zog er die Parallele vom totalitären System des Nationalsozialismus zum totalitären Sozialismus der DDR. Die Angst, dass auch dieser deutsche Staat wieder im "tiefsten moralischen und geschichtlichen Sturz" enden könne wie der andere kaum ein Jahrzehnt zuvor, trieb ihn um. Am 29. Januar 1956 sprach er in der Nikolaikirche zu Leipzig. Es sei so weit, rief er dort kämpferisch aus, dass der Totalität der irdischen, widergöttlichen Heilslehre, die doch die Gewissen ganz für sich beansprucht, an der Tür zur Kirche ein unüberwindbares Halt geboten werde. Der tödliche Zwiespalt, unter den die Erziehung in den Schulen geraten sei, der Widerspruch zwischen dem Bekenntnis zu Gott und dem zum atheistischen Sozialismus, bedrohe die Kinder mit Spaltungsirrese.

Zwei Jahre später schrieb er in einem Brief: "Indem die Kinder in Not geraten, werden auch die Eltern angefasst, die man sonst wahrscheinlich aus der Betäubung durch die totale Lüge oder aus der Tarnung gegen diese Lüge auf keine Weise mehr herausholen würde ... Wir haben große Gebiete, ganze Propsteien, in denen die Jugendweihe noch gar nichts ausgerichtet hat und die volkshkirchliche Sitte fast unerschüttert da steht. Andere Gebiete, vor allem Großstädte und Industriezentren, haben die Positionen schon so gut wie verloren. Die Eltern finden nicht den Mut, unter Preisgabe ihrer ganzen Existenz den Drohungen zu widerstehen."^{vi}

So wenig die Teilnahme an der Jugendweihe freiwillig war, so wenig war es die Mitgliedschaft in den zahlreichen anderen Organisationen, mit denen die SED versuchte, Menschen an sich zu binden und zu indoktrinieren. Ich will darauf verzichten, hier alle diese Strukturen darzustellen und zu benennen, zumal es ohnehin die SED war, die auch dort überall das Sagen hatte. Formell waren es zwar unabhängige Organisationen,

die zumeist jedoch auch laut ihrer Statuten die Führungsrolle der SED anerkannt hatten. Auf jeden Fall waren die führenden Gremien immer mit SED-Kadern durchsetzt. Ganz offensichtlich war das so in der Volkskammer, in der ja neben der SED und den Blockparteien weitere Fraktionen vertreten waren: FDGB, FDJ, DFD, Kulturbund und VdgB. Die Anzahl der Sitze für die jeweilige Gruppierung war vorher festgelegt. Die SED hatte zuletzt 127 Sitze, die Blockparteien je 52, die anderen Organisationen zusammen 165. Da die Vertreter dieser Organisationen in der Mehrheit aber Mitglied der SED und damit an Parteiaufträge und Weisungen gebunden waren, hatte die SED immer eine Mehrheit, auch ohne die Blockparteien. Wenn ich mich recht erinnere, ist es vor 1990 nur einmal vorgekommen, dass es in der Volkskammer Gegenstimmen gab, 1972 bei der Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung, wo einige Abgeordnete der CDU gegen das Gesetz stimmten oder sich der Stimme enthielten – einmal in vierzig Jahren. Doch bis zur 10. Legislatur 1990 war die Volkskammer ja ohnehin kein Parlament im demokratischen Sinne, sondern ein Ausführungsorgan der SED unter vielen anderen.

Besonders massiv und unerbittlich war die Einflussnahme und Indoktrination der SED in den zahlreichen militärischen und paramilitärischen Strukturen der DDR. Die SED, das scheint heute schon wieder vergessen, war ja alles andere als eine pazifistische Partei, auch wenn die Linke das heute anders darstellen möchte. Als die Linkspartei noch SED hieß, hat sie den Pazifismus immer nur als "machtlose Friedensschwärmer" verdammt. Pazifisten wurden verachtet und verfolgt. Noch 1988 wurden Oberschüler in Berlin-Pankow, die lediglich die alljährliche Militärparade vor dem Palast der Republik in Frage gestellt hatten, von der Schule verwiesen und vom Abitur ausgeschlossen. Selbst eigene militärische und paramilitärische Strukturen unterhielt die SED damals, den Staatssicherheitsdienst, die Kampfgruppen in den Betrieben, die GST. Wer in der Volksarmee Offizier werden wollte, musste zwingend Mitglied der SED sein.

In einem Lehrbuch für Offiziere, das 1979 im Militärverlag der DDR erschienen ist, ist dieser fanatische Militarismus in aller Offenheit dokumentiert. "Um eines hohen Zieles willen", heißt es dort wörtlich, "ist auch der Heldentod schön". Dank der moralischen Schönheit einer kriegerischen Handlung entfalte sich jene kraftvolle emotionale Erregung und Anspannung, die man gewöhnlich als "Gefechtsrausch" bezeichne. Im Krieg könne der Tod schön und das Leiden erhaben sein, wenn sie dem großen Ziel des Glücks der Menschen dienten. Die realistische Darstellung des Krieges hingegen setze den ideellen Wert der Schönheit einer Heldentat herab und erzeuge unter Umständen pazifistische Stimmungen.^{vii}

Die Vorbereitung auf den Militärdienst begann früh, schon im Kindergarten und in den ersten Schuljahren. In Schulbüchern und Kinderzeitschriften wurden die Volksarmee und ihre "Waffenbrüder" unverhohlen gepriesen und schon die Jüngsten auf den künftigen Wehrdienst eingestimmt. Der Umgang mit Spielzeugwaffen war nicht verpönt, sondern erwünscht. Ich habe einmal bei einer Filmveranstaltung in einem kleinen Ort in der Altmark erlebt, wie eine Lehrerin einem Jungen das Spielzeuggewehr aus der Hand nahm, sich vor die Klasse stellte und sagte: Wenn ihr nicht ruhig seid, erschieße ich euch. Bei Volksfesten war es durchaus üblich, dass Kinder in Panzerattrappen steigen oder sich gar an echten Panzern "vergnügen" durften.

Von 1978 bis 1989 war der Wehrunterricht für alle Schüler und Schülerinnen der 9. und 10. Klassen obligatorisch. Zum Lehrplan gehörten u.a. die Grundlagen der sozialistischen Landesverteidigung, die Strukturen und Aufgaben der Volksarmee und der Grenztruppen der DDR, das Leben unter feldmäßigen Bedingungen, der Schutz vor gegnerischer Waffenwirkung. Junge Männer wurden in Wehrlagern an der Waffe ausgebildet, junge Frauen erhielten eine Zivildienstausbildung, zu der auch Schießübungen gehörten. Wer sich weigerte teilzunehmen, hatte mit den schlimmen Konsequenzen zu rechnen, mit dem Verweis von der Schule, der Verweigerung des Abiturs oder eines Studienplatzes. Junge Leute waren

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

KONRAD WEIB

11. November 2008

www.kas.de

www.kas.de/dresden

zudem gehalten, Mitglied in der GST, der Gesellschaft für Sport und Technik zu werden, einer paramilitärischen Organisation. Wer sich für Amateurfunk, Segelfliegen oder Tauchsport interessierte, kam nicht umhin, in die GST einzutreten, anders war der Zugang zu diesen Sportarten nicht möglich.

Der Druck auf junge Männer, sich für einen längeren Dienst in der Volksarmee zu verpflichten oder Offizier zu werden, war erheblich. In vielen Fällen war das die Voraussetzung, überhaupt zur Oberschule zugelassen zu werden und das Abitur machen zu können. Wer zum Wehrdienst eingezogen wurde, konnte zwar den Dienst an der Waffe verweigern und sich zu den Bausoldaten melden, aber das war immer mit Diskriminierungen und weitreichenden Nachteilen verbunden. 1970 gab das Volksbildungsministerium unter Margot Honecker die Order heraus: Wer nicht bereit sei, sein Vaterland mit der Waffe in der Hand zu verteidigen, der sei es auch nicht wert, in der DDR zu studieren. Dennoch entschieden sich nicht wenige junge Männer für diesen Weg. 1984 zum Beispiel dienten etwa 1000 Bausoldaten in den Baueinheiten, 1988 waren es über 2000. Wer den Wehrdienst ganz verweigerte, kam ins Gefängnis. Vor allem Zeugen Jehovas und junge Christen nahmen tapfer diese Konsequenz auf sich, später auch junge Männer aus der Friedensbewegung. Jedes Jahr wurden von den Gerichten der DDR etwa einhundert Totalverweigerer verurteilt, das Strafmaß lag zwischen 16 und 22 Monaten. Eine wirkliche Wahlfreiheit oder Alternative gab es für Kriegsdienstgegner in der DDR nicht.

Rückblickend haben viele den Eindruck, dass es in den siebziger und achtziger Jahren größere Freiräume gegeben habe als zuvor. Ich meine, dass das nicht stimmt. Die Grenzen, die verfluchten inneren und äußeren Grenzen, die den Alltag in der DDR bestimmt haben, gab es auch damals, die gab es immer. Wahrscheinlich wäre es notwendig, den Wellenbewegungen, dem Auf und Ab in der Geschichte der DDR genauer nachzugehen. Ich erinnere mich jedenfalls nachdrücklich gerade an jene Einschnitte, durch die die kurzen Phasen einer etwas größeren Offenheit, einer beginnenden Ent-

wicklung immer wieder unterbrochen worden sind: das 11. Plenum 1965, der Einmarsch der "Bruderstaaten" in die CSSR, die Ausbürgerung Wolf Biermanns, der Krieg gegen die Solidarność.

Ich denke, man muss die Geschichte der DDR als eine Einheit betrachten – als die Geschichte des totalitären Sozialismus in Deutschland. Mag sein, dass von außen gesehen manche Unterschiede und Entwicklungen deutlicher sichtbar waren. Wenn man in der DDR lebte, war eine politische und gesellschaftliche Bewegung viel schwerer auszumachen. Hoffnungen, die manchmal aufkeimten, erstarben bald wieder. Die äußeren Bedingungen, die den Alltag bestimmten, waren vielerlei Wechsellinien unterworfen, manches in den achtziger Jahren erinnerte fatal an die Nachkriegszeit. Wahrscheinlich ist ja jedes Staatswesen, das auf einem ideologischen Dogma gegründet ist, unfähig sich zu entwickeln und sich dem anzupassen, was notwendig ist.

Auch in der Diktatur ist der Alltag ein Alltag. Niemand kann vierzig Jahre im permanenten Ausnahmezustand leben. Und kaum jemand hält es sein Leben lang in Provisorien aus. Auch in einem totalitären Staat braucht man einen Lebensentwurf, der von den realen Bedingungen ausgeht und auf sie reagiert. Und ein Ende der DDR war ja nicht abzusehen. Allenfalls auf ein paar Erleichterungen, auf mehr Menschlichkeit, auf etwas mehr Freiheit konnte man hoffen. Doch oft genug erlebte man, dass diese alsbald wieder zurückgenommen wurden.

So blieb einem, wollte man leben, nichts anders übrig, als sich einzurichten und mit den Verhältnissen zurecht zu kommen. Das gelang mal besser, mal schlechter. Das war mal erträglich, mal widerte es einen an und machte krank. Vielen, zu vielen hat es den Lebensmut und die Lebenskraft für immer geraubt. Aber wahrscheinlich war es für die meisten, so wie für mich auch, ein Auf und Ab, wo es Phasen der Anpassung und des Ausweichens, der Flucht nach innen und des Widerspruchs gegeben hat. Oder auch Phasen der Gleichgültigkeit oder der Suche nach Identifikation.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

KONRAD WEIß

11. November 2008

www.kas.de

www.kas.de/dresden

Da war es wichtig, dass es auch in der DDR immer Menschen gegeben hat, die ihr Amt, ihre Funktion nicht missbraucht haben. Die menschlich geblieben sind und versucht haben, anderen Freiräume zu schaffen oder zu erhalten, oft unter persönlichen Opfern. Menschen, die sich nicht um Vorschriften oder Parteigrundsätze geschert haben. Das war für das Leben in der DDR, auch für die Herausbildung einer Opposition, wesentlich. Und vielleicht war dies ja wirklich die einzig freie Entscheidung in der Unfreiheit, die jedem und jeder jederzeit auch in der SED-Diktatur offengestanden hat: Mensch zu sein und Mensch zu bleiben.

ⁱ Adolf Hitler, Rede am 2. Dezember 1938 vor deutschen Pressevertretern in Reichenberg. Abschrift nach einer Aufnahme der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft; auch in: Völkischer Beobachter vom 4.12.1938.

ⁱⁱ Flammen. Jahresabschlussfilm 1967 an der Deutschen Hochschule für Filmkunst Potsdam-Babelsberg. Erstsending im Fernsehen der DDR am 24.08.1970

ⁱⁱⁱ Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. – München und Zürich, 1986, S. 575

^{iv} vgl. Konrad Weiß, Lothar Kreyssig. Prophet der Versöhnung. – Gerlingen, 1998, S. 280

^v Caritas Führer, Die Montagsangst. – Köln, 1998, S. 11f.

^{vi} vgl. Konrad Weiß, a.a.O., S. 287ff.

^{vii} vgl. A.S. Milowidow und B.W. Safronow, Die marxistisch-leninistische Ästhetik und die Erziehung der Soldaten. – Berlin (DDR), 1979, S. 70f.